

Die beabsichtigte Erhöhung der Tabakpreise.

Eine parlamentarische Aktion in Sicht.

Die „Politischen Tagebücher“ erfahren: Die von der Regierung angekündigte neuerliche Erhöhung der Tabakpreise und die in Aussicht genommene Einschränkung der Rauchsorten hat in parlamentarischen Kreisen Verstimmung hervorgerufen. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß die fortgesetzte Erhöhung der Rauchmaterialien keine Empfehlung dafür ist, der Regierung die Möglichkeit zur Errichtung neuer Monopole zu bieten. Der Staat dürfe seinen Bürgern nicht mit schlechtem Beispiele vorangehen, wie es in der Tat der Fall ist, wenn die Monopolsverwaltung trotz geringeren Umsatzes einen höheren Ertrag erzielen will. Wenn ein Kaufmann in gleicher Weise handeln würde, so müßte der Staat gegen ihn einschreiten. Ganz besonders wird aber darauf verwiesen, daß die bisher wohlfeileren Rauchsorten unverhältnismäßig verteuert werden. Das wird schon aus dem Grunde bedauert, weil angesichts der Knappheit der Lebensmittel, welches ihnen nach Einstellung der Biererzeugung und bei den unerhörten Preisen für Spirituosen zugänglich ist, nahezu abgeschnitten wird.

Wie verlautet, wird gegen die noch nicht in Kraft getretene, aber bereits für den 1. Februar angekündigte Erhöhung der Tabakpreise seitens der Abgeordneten energisch eingeschritten werden, denn der zu gewärtigende höhere Ertrag würde einerseits kaum den Ausfall des verringerten Umsatzes decken, wäre aber andererseits an sich so gering, daß er in gar keinem Verhältnis zu den Erfordernissen des Staatshaushaltes steht.

Minderbelieferung der Tabaktrafiken.

In nächster Zeit sollen die erhöhten Preise für die Rauchsorten der österreichischen Tabakregie in Kraft treten. Man hatte erwartet, daß die Finanzverwaltung bereits heute eine Mitteilung veröffentlichen werde, welche über die Gründe dieser Maßnahme und die Neuorganisation der Tabakbelieferung Aufschlüsse geben würde. Eine solche Verlautbarung war, wie wir hören, allerdings vorbereitet, ist jedoch aus unbekannten Gründen unterblieben. Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß die seinerzeit bei der Erhöhung der Tabakpreise angeführte Begründung, daß aus dem Ertrage des Tabakgefälles ein Teil der Zinsenlast für die Kriegsanleihe gedeckt werden soll, nicht stichhältig ist, weil gegenüber der Ziffer, die in der Agrarenquete seitens des Vertreters des Finanzministeriums als Stand der Staatsschuld angegeben wurde, das Erträgnis aus dem Tabakmonopol viel zu gering ist, als daß damit auch nur annähernd eine Uebernahme der Zinsschuld gerechtfertigt werden könnte.

Gleichzeitig mit der Ankündigung vom Inkrafttreten der um durchschnittlich 60 Prozent gegenüber den bisherigen Preisen höheren Tabakpreise ist aber auch eine sehr ins Gewicht fallende Minderbelieferung der Tabaktrafiken mit Rauchmaterial zu verzeichnen. Heute haben die Trafikanten auch den ältesten Stammtrafiken nicht das bescheidene Quantum abgeben können, das diese an den Fassungsstagen zu erhalten gewohnt waren. Die Trafikanten begründen das damit, daß ihnen diesmal so wenig geliefert wurde, daß sie kaum die Regie, die durch die Fassung verursacht wird, decken

können. Amtlicherseits wird zugegeben, daß aus nicht näher bezeichneten technischen Gründen die Trafikanten durch ungefähr vierzehn Tage bis drei Wochen schwächer beliebert werden, daß aber dann die normale „Kriegsbeflieferung“ wieder möglich sein werde.